

Kliniksterben nach Plan

Zum Thema Krankenhausschließungen. Im Jahr zwei der Pandemie wurde die Flurbereinigung fortgesetzt. **Von Ralf Wurzbacher**

Mitte Dezember titelte das *Hamburger Abendblatt*: „Fragwürdig: Lungenklinik mit zwölf Intensivbetten schließt“. Wie die Zeitung berichtet, wird die Lungenfachklinik am Forschungszentrum Borstel nördlich von Hamburg zum Jahresende aus der deutschen Krankenhauslandschaft getilgt. Grund für die Abwicklung sollen „erhebliche wirtschaftliche Verluste“ sein sowie das Scheitern von Gesprächen mit potentiellen Betreibern. Der Standort ist eine von über 20 Gesundheitseinrichtungen der Leibnitz-Gemeinschaft. Über seine Geschicke bestimmt ein Kuratorium, in dem zwei Vertreter des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) und zwei Abgesandte des Landes Schleswig-Holstein gemeinsam eine Mehrheit bilden. Der Beschluss, das Haus dicht zu machen, erfolgte bereits im Sommer.

Mit der Abwicklung gehen mit einem Mal 81 Behandlungsplätze verloren. Jährlich waren in Borstel 2.800 Patienten stationär und 4.500 ambulant versorgt worden. Könnten diese Kapazitäten in der laut EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides „größten Gesundheitskrise seit Menschengedenken“ nicht noch von Nutzen sein? Insofern erscheint der Vorgang in der Tat „fragwürdig“. Nichtsdestoweniger ist er völlig normal. Während nämlich die politische Verantwortlichen dieser Tage gebetsmühlenartig den drohenden Kollaps der Kliniken beschwören, stirbt hierzulande ein Hospital nach dem nächsten einen medial kaum beachteten Tod.

Am Dienstag zog das vom Verein „Gemeingut in BürgerInnenhand“ getragene „Bündnis Klinikrettung“ Bilanz für das ausgehende Jahr 2021. Demnach haben in den vergangenen fast zwölf Monaten neun Krankenhäuser den Betrieb eingestellt. Dazu kämen „mindestens 22 Fälle von Teilschließungen, die erfahrungsgemäß vielfach eine komplette Schließung einleiten“. Die Aktivisten halten es zudem für „wahrscheinlich“, dass sich die Verluste bis zum Jahreswechsel noch vergrößern. 2020 waren insgesamt 20 Standorte von der Bildfläche verschwunden, was einem Aderlass von 2.000 Betten und 4.000 Arbeitsplätzen entsprach.

So ging es auch im Jahr zwei der Pandemie weiter, und im Jahr drei wird die Gangart wohl noch verschärft: Gemäß Recherchen des Bündnisses stehen allein 31 schon vollzogene Schließungsbeschlüsse vor der Umsetzung, außerdem gebe es für 19 weitere Kliniken entsprechende Empfehlungen.

Angesprochen auf den 2020er Kahlschlag ließ vor einem Jahr der damalige BMG-Chef Jens Spahn (CDU) ausrichten: „Die Bundesregierung hat keine Kenntnis über Schließungen von Kliniken im Pandemiejahr 2020.“

Dreister geht's nicht, denn natürlich ist der Klinikschwund kein Unfall, sondern von langer Hand eingefädelt. Der sogenannte Krankenhausstrukturfonds (KHSF) bezuschusst die Erosion von Versorgungsstrukturen („Abbau von Überkapazitäten“) mit jährlich 500 Millionen Euro aus Bundesmitteln. Anfang Dezember wurde der Abschlussbericht des Leibnitz-Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) zur ersten Förderphase von 2016 bis 2018 publik. Mit dem Geld wurden beziehungsweise werden demnach schlussendlich 34 Krankenhäuser abgewickelt. An weiteren 24 Standorten gingen oder gehen in 36 Abteilungen die Lichter aus.

Selbstredend wurde zu Jahresanfang 2019 ein Nachfolgepakt aufgelegt, den sich der Bund insgesamt zwei Milliarden Euro kosten lässt. Ursprünglich sollte dieser 2022 auslaufen, wurde aber von der großen Koalition im Oktober 2020 – mitten in der Pandemie – als Teil ihres „Krankenhauszukunftsgesetzes“ bis 2024 gestreckt.

Bei all dem muss man wissen: In Deutschlands Krankenhäusern herrscht seit nunmehr zwei Jahren ein historischer Leerstand. 2020 fiel die Auslastung übers Jahr betrachtet 13 Prozent geringer aus als 2019, wie aus den vom Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (Inek) erhobenen Klinikdaten hervorgeht. Diese finden sich eins zu eins in einem seit Ende April vorliegenden RWI-Gutachten wieder, welches das BMG selbst beauftragt hatte. Die Zahl der Behandlungsfälle brach von 19,2 auf 16,8 Millionen ein, selbst die Intensivstationen der großen Kliniken waren nur zu 71 Prozent ausgelastet.

Fast folgerichtig lösten sich im Jahresverlauf dann auch mehrere tausend Intensivbetten förmlich in Luft auf, deren Ausbau auf versprochene 40.000 Stück Spahn noch im Frühjahr 2020 mit einer Geldspritze von einer halben Milliarde Euro angestoßen hatte. Nichtb gefördert hat er dagegen den dringend nötigen Aufbau von Personal, denn ohne Pflegekräfte kann ein Intensivbett nicht betrieben werden.

2020 war kein einmaliger Ausrutscher, 2021 hielt die Talfahrt an. Bis 31.Mai waren die Fallzahlen laut Inek um weitere fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und damit um 20 Prozent im Vergleich zum Jahr vor Corona. Das lässt sich nur zum Teil durch die vor allem 2020 in großem Stil abgesagten und aufgeschobenen Operationen erklären, mit denen man Kapazitäten für potentielle Covid-19-Patienten freihalten wollte. Der wichtigere Faktor dürfte sein, dass unter dem Eindruck der verbreiteten Ängste, sich mit SARS-CoV-2 anzustecken, deutlich weniger Menschen ins Versorgungssystem drängen. Während sich derzeit vor unser aller Augen ein Drama vermeintlich überlaufender Krankenhäuser abspielt – was mit Blick auf die personell am Anschlag befindlichen Intensivstationen durchaus zutreffend ist - , hat Corona die Kliniken in Wahrheit regelrecht leergefegt. Und je länger die Pandemie anhält, desto mehr werden unter dem Druck fernbleibender Patienten in die Knie gehen.

Für die Verfechter einer radikalen Flurbereinigung der Versorgungslandschaft kommt die Krise wie gerufen. Neoliberale Denkfabriken wie die Bertelsmann-Stiftung oder die Wissenschaftsakademie Leopoldina arbeiten seit langem mit Feuereifer daran, die Zahl der Kliniken nach der Leitlinie „Effizienz, Spezialisierung, Zentralisierung“ auf wenige hundert der aktuell knapp 2.000 Standorte einzudampfen. Wie noch hatte Karl Lauterbach (SPD) im Juni 2019 auf Twitter einen Beitrag der „Bertelsmänner“ gewürdigt? „Jeder weiß, dass wir in Deutschland mindestens jede dritte, eigentlich jede zweite Klinik schließen sollten.“ Jetzt ist der Mann Bundesgesundheitsminister.

In Chile haben die Menschen begriffen, was ein neoliberales Wirtschaftssystem macht: Armut und Unterversorgung der Bevölkerung. Sie brauchten 50 Jahre, um die Nachfolger Pinochets zum Teufel zu schicken.(ds)

256.000 Wohnungslose

Neue Schätzung: Mehr Erwerbstätige betroffen. 45.000 auf der Straße

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAW) hat seit Dienstag ihre aktuelle Schätzung der Zahl der Wohnungslosen in der Bundesrepublik vorgestellt. Die Schätzung

bezieht sich auf das Jahr 2020. Neuere Zahlen liegen nicht vor. Die Gesamtzahl derer, die während des vergangenen Jahres zumindest zeitweise ohne reguläre eigene Wohnung mit Mietvertrag waren, lag demnach bei 256.000. Im Vergleich zu 2018 (237.000) war das ein Anstieg um acht Prozent. Ungefähr 45.000 der Betroffenen lebten im Laufe des Jahres als Obdachlose auf der Straße.

Werena Rosenke, Geschäftsführerin der BAW, verwies bei der Vorstellung der Ergebnisse auf eine Erhebung vom vergangenen Oktober, nach der mehr als ein Drittel der befragten Dienste und Einrichtungen ihr Hilfsangebot pandemiebedingt einschränken mussten: „Platzzahlen in Einrichtungen mussten reduziert werden, ebenso Beratungstermine und Hilfen in niedrigschwelligen Angeboten. Wir müssen also vermuten, dass es mehr verdeckte wohnungslose Menschen gibt; Hilfesuchende, die nicht an das Hilfesystem andocken konnten.“ Die Zahlen könnten entsprechend höher liegen als geschätzt.

Etwa 70 Prozent der Wohnungslosen seien alleinstehend, die übrigen lebten mit Partnern oder in Familie. Den Anteil der Kinder und Minderjährigen unter den Wohnungslosen schätzt die BAW auf acht Prozent. Das sind 20.000 Heranwachsende. Betroffen sind mehr Männer als Frauen (76 bzw. 33 Prozent). Etwa 30 Prozent hätten keine deutsche Staatsbürgerschaft.

Es fehle bezahlbarer Wohnraum für Niedriglöhner und Transferleistungsbezieher, erklärte Rosenke. Der Anteil derer, die „obwohl erwerbstätig, wohnungslos sind, hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre verdoppelt.“ Auch die Anteile der Alleinerziehenden sowie Paare mit Kind(ern) seien gestiegen. Der Bestand an Sozialwohnungen ist laut BAW seit 2017 um 90.000 Wohnungen geschrumpft, sagte Rosenke: „Mit 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr – wie von der Ampelregierung versprochen – kann dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum nicht ausreichend entgegengesteuert werden.“ Es bräuchte mindestens doppelt so viele. „Dauerhafte Sozialbindungen“ wären dabei anzustreben.

Ja, liebe Kinder, so sieht es aus, wenn man einer märkischen Marktfrau die Geschicke unseres Landes anvertraut.